

Zeitschrift: Saiten : Ostschweizer Kulturmagazin
Herausgeber: Verein Saiten
Band: 18 (2011)
Heft: 197

Artikel: "Ich stelle mich immer wieder zur Verfügung."
Autor: Rosenbaum, Harry / Fässler, Hildegard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-884655>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

„ICH STELLE MICH WIEDER ZUR VERFÜGUNG.“

Nach der Ausschaffungsinitiative und vor den Nationalratswahlen kommenden Herbst: Die Grabser SP-Nationalrätin Hildegard Fässler nimmt dem Milliardär die Volksnähe nicht ab und spricht über die Wirrungen rund um ihre Partei. | von HARRY ROSENBAUM

SAITEN | Frau Fässler, Sie bezeichnen sich als linke Politikerin. Können Sie auch den Tatbeweis erbringen?

HILDEGARD FÄSSLER | Ich verteidige die Positionen jener Menschen, die keine Lobby haben, und setze mich ein für Minderheiten, die zwar Mehrheiten sind, aber nichts zu sagen haben.

Genau diese Leute vertritt im rechten Lager auch die SVP.

Schon, aber nicht wirklich mit der Politik, welche diese Partei betreibt, sondern nur mit dem, was sie so daherredet.

Also ein Etikettenschwindel?

Ja! Die SVP handelt nicht wirklich im Sinn der kleinen Leute. Sie bewirtschaftet nur deren Ängste und nützt die Ausgrenzung verschiedener gesellschaftlicher Gruppierungen aus. Diese Partei setzt sich beispielsweise nicht für ein flexibles Rentenalter oder bessere IV-Leistungen ein, wie wir das tun.

Frustrierend, dass die SVP bei den kleinen Leuten trotzdem punktet und die SP nicht?
Die Leute merken vielfach nicht, dass sie von der SVP nur an der Nase herumgeführt werden. Gerade im Zusammenhang mit der Ausschaffungsinitiative bekam ich immer wieder zu hören: Gut, dass es die SVP gibt, sonst könnte man nicht über die Ausländer reden. – Aber dass die Initiative kein Problem konkret löst, merken viele nicht.

Die Politik ist mehr durch Emotionen und weniger durch Sachverstand bestimmt.

Ja, aber immer öfter machen Köpfe die

Politik in unserem Land. Interessant ist, dass heute ein Milliardär den Ton angibt.

Die Medien nehmen den Herrn Blocher halt viel zu ernst.

Sie transportieren zu den Leuten, was er sagt.

Es ist eben sehr einfach, die Themen an einer Person festzumachen und so der abstrakten Politik ein Gesicht zu verleihen.

Bilder haben eine grosse Wirkung. Wenn beispielsweise «Die Weltwoche» linke Politikerinnen und Politiker mit RAF-Fahndungsfotos zusammenmontiert, bleibt das nicht ohne Einfluss auf die Meinungsbildung.

Und was tut die Linke, um ihr Image aufzubessern?

Bei vielen, für die wir uns einsetzen, schaffen wir es einfach nicht, anzukommen. Ich bin da wirklich etwas hilflos.

Der mit den Bürgerrechten ausgestattete Volksteil in unserem Land mag mehrheitlich die Linken nicht. Von Wahl zu Wahl legt deshalb die Rechte massiv zu. – Warum sind die Linken keine Sympathieträger, die Rechten aber schon?

So stimmt das ja nicht. Ein Beispiel ist das St.Galler Solidaritätsnetz, wo vor allem Linke arbeiten. Die sind integriert und akzeptiert in der Gesellschaft. Generell mag es zwar sein, dass ein Teil der Bevölkerung eine Art Misstrauen gegen Leute hegt, die studiert haben, gegen Intellektuelle. Bei der Linken gibt es halt viele von dieser Kategorie. Heute fehlen in unserer Partei vor allem die Leute aus der

Arbeitswelt, die tagtäglich an der Werkbank stehen oder Schnee räumen. Von diesen Exponenten haben wir tatsächlich zu wenig in unseren Reihen.

Müsste die SP nicht endlich ihr historisches Image ablegen und sagen: Wir haben uns gewandelt und sind nicht mehr ausschliesslich die Partei des klassischen Proletariats, sondern die Partei der Humandenkenden, jenes Bevölkerungsteils, der nicht mit dem Strom schwimmt und generell kritisch denkt?

Wir versuchen das ja auch so rüberzubringen, werden aber ständig desavouiert und sofort in diese Gut-Menschen-Kiste hineingesteckt, was in der Öffentlichkeit als negativ empfunden wird. – Erstaunlich übrigens, dass die Rechte, die derart gegen die Moslems schießt, behauptet, sie verhalte sich christlich und ihr das auch noch abgenommen wird, obwohl sie eigentlich das Gegenteil tut.

Der SP fehlt Volksnähe.

Und Milliardär Blocher, der eine grosse, eingezäunte Villa bewohnt und mit einer Limousine mit abgedunkelten Fenstern herumkurvt, hat Volksnähe? Und viele Linke, die vielleicht ein kleines Häuschen haben – ohne Zaun – und mit dem ÖV herumfahren, haben sie nicht? Ist das nicht verrückt? – Aber in der Öffentlichkeit wird es so wahrgenommen.

Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts war die Linke beim Volk: 1848 bei den Aufständen und Revolutionen in den deutschen Kleinstaaten und nach dem Ersten Weltkrieg. – Was ist heute anders?

Uns Linken wird vorgeworfen, wir könn-



ten keine Arbeitsplätze schaffen und wüssten nicht, wie man Geld verdient. Alles Schlagworte, die man gegen uns gerne aufzischt, weil wir oft Lehrerinnen und Lehrer oder Anwältinnen und Anwälte sind. Es wird aber immer wieder vergessen, dass Lehrkräfte für gut ausgebildete Leute sorgen und die SP mit den Gewerkschaften für eine gerechte Entlohnung der Arbeit kämpfen. Und es wird unterschätzt, wie viele Linke KMUs betreiben und nachhaltige Arbeitsplätze anbieten.

Per Volksinitiative wird der Bau von Minaretten verboten und die gesetzlichen Voraussetzungen für die Ausschaffung von Ausländerinnen und Ausländern, die mit dem Strafgesetz in Konflikt geraten, werden verschärft. – Müssen wir jetzt die Volksrechte einschränken, damit nicht Hysterie und Hass beim Souverän an die Stelle von sachbezogenen politischen Erwägungen treten?

Die Einschränkung der Volksrechte ist ein sehr heikles Thema. Wenn wir dafür plädieren würden, käme von rechts sofort das Geschrei: Seht nur, die linken Intellektuellen wollen euch eure Rechte wegnehmen, nur weil sie einige Male Abstimmungen verloren haben! Es ist unheimlich schwer zu erklären, dass sich die Ausübung der Volksrechte nicht gegen die Verfassung richten darf, weil diese die Grundrechte aller Bürgerinnen und Bürger garantiert.

Wie soll verhindert werden, dass sich Volksbegehren über die Verfassung setzen?

Wir müssen die Vorprüfungsprozedur von Initiativen ändern. Es ist unsinnig, dass das Parlament, das eine Initiative inhaltlich prüfen muss, zuvor auch noch entscheidet, ob diese rechtlich zulässig ist. Nach den Grundsätzen der Gewaltentrennung obliegt das einem Gericht und nicht dem Parlament, das politisch handelt.

Zum Beispiel einem Verfassungsgericht, das wir aber nicht haben?

Ja. Wir sollten ein Verfassungsgericht einführen. Ich bin dafür, dass in unserem Land eine solche Einrichtung geschaffen wird. Gerade die Rechte diffamiert immer wieder Gerichtsentscheide als politisch motiviert, als ob sich Richterinnen und Richter nicht auf Gesetze und die Verfassung abstützten. Einem Verfassungsgericht würde vielleicht mehr Respekt entgegengebracht.

Mit der Ausschaffungsinitiative sind erstmals alle Ausländerinnen und Ausländer als Ganzes aufs Korn genommen worden. Da ging es nicht mehr um einzelne Gruppen oder die Kategorie der Asylsuchenden. – Denken Sie, die rund

zwei Millionen Ausländer in unserem Land, von denen viele in wichtigen Funktionen in der Wirtschaft, im Bildungs- oder im Gesundheitswesen tätig sind, könnten sich organisieren und vielleicht auch reagieren, wenn die Schlechtmacherei nicht aufhört. Vielleicht sind wir plötzlich mit einem Ausländer-Streik oder etwas Ähnlichem konfrontiert?

Die Ausschaffungsinitiative richtete sich schlechthin gegen Ausländerinnen und Ausländer. Mit dem «Kinderschänder Detlef S.» in der SVP-Plakatkampagne war ja wohl ein Deutscher und nicht etwa ein Marokkaner gemeint. Schon vor etwa zwei Jahren machte der «Blick» eine Bashing-Kampagne gegen Deutsche. Wenn die sich jetzt plötzlich wehren würden, gegen die kollektive Schlechtmacherei, könnte das schon heikel werden. Ich kann

„Es ist unheimlich schwer, zu erklären, dass sich die Ausübung der Volksrechte nicht gegen die Verfassung richten darf, weil diese die Grundrechte aller Bürgerinnen und Bürger garantiert“

mir aber nicht vorstellen, dass sich diese Gruppe zusammenschliesst und einen Streik organisiert.

Aber auch Lehrer und Ärzte streiken plötzlich. Bis vor Kurzem konnte man sich das in der Schweiz auch nicht vorstellen.

Ein Ausländer-Streik im Bildungs- und Gesundheitswesen gegen kollektive Verunglimpfung könnte kontraproduktiv sein. Es würde dann möglicherweise schnell heissen: Seht nur, zuerst nehmen sie uns die Jobs weg und jetzt wollen sie uns auch noch erpressen.

Ihre Partei hat sich ein neues Programm gegeben, das in moderater Form den Willen zur Überwindung des Kapitalismus anklingen lässt. – Was ist aus der Reparaturkolonne für die sozialen Unzulänglichkeiten im bürgerlichen Gesellschafts- und Wirtschaftssystem geworden, als welche die SP lange gedient hat und auch an der Macht im Staat mitbeteiligt worden ist?

Es ist in dieser Programmfrage eine Formulierung gewählt worden, die Reizwörter enthält. Zur inhaltlichen Zielsetzung hingegen stehe ich. Teile der Parteibasis, die jetzt reklamieren, haben sich bei der Vorbereitung auf den Parteitag einfach zu wenig mit den Inhalten auseinandergesetzt und fühlen sich überrumpelt. Das Gesellschaftsmodell, das wir als SP verwirklichen wollen, ist noch nicht so klar definiert. Darüber muss noch ausführlich diskutiert

werden. Was aber klar ist, ist die Tatsache, dass das Geld momentan in unserer Gesellschaft alles regiert und die Arbeit einen relativ geringen Wert hat. Das muss sich ändern. Die Frage ist, wie wir dabei vorgehen sollen; ob weiterhin als «Reparaturkolonne», wie Sie es formulieren.

Wie verändert man die Welt?

Vor einem Jahr hatten wir mit dem UBS-Debakel und der weltweiten Finanzkrise die historische Chance, die Grossbanken in den Griff zu bekommen und die Finanzwelt zu reglementieren. Wir sahen ja die verheerenden Auswirkungen auf die Arbeitsplätze und die Produktion, wenn die Banken falsch funktionieren. Alle haben sich aber nur geduckt – insbesondere unser damaliger Finanzminister Hans Ru-

dolf Merz – in der Erwartung, dass das Eis dann schon wieder schmilzt. Die Mächtigen haben die Chance einfach verstreichen lassen, trotz der vielen Veränderungsvorschläge nicht nur der Linken.

Geld bedeutet die Welt!

Wir müssen davon wegkommen. Jene, die nichts produzieren, nur Geld verdienen, indem sie es umherschoben, haben heute das Sagen. Die Arbeit ist nichts mehr wert. Es braucht ein Gesellschaftsmodell, das wieder Hoffnung macht, das verlässlich ist und etwas Positives ausstrahlt. Jetzt ist vieles einfach nur angstgesteuert: Angst vor Arbeitsplatzverlust, Angst vor Ausländern, Angst vor Minaretten. Die Linke muss diese Mentalität mit einer Vision, die Mut macht, umkrepeln.

Vielleicht Revolution? Könnten Sie sich auf einer Barrikade stehend vorstellen, wie Sie der Reaktion entgegenschmettern: Völker, hört die Signale, auf zum letzten Gefecht...?

Ich kann mir einen gewaltsamen Umsturz der bestehenden Verhältnisse nicht vorstellen. Ich würde eine solche Entwicklung auch nicht pushen. Grundsätzlich verabscheue ich Gewalt. Ich gehe noch immer davon aus, dass die Menschen vernunftbegabt sind und Veränderungen gewaltfrei an die Hand nehmen können.

Veränderungen kommen nicht automatisch. Nein, dafür braucht es Perspektiven für

alle und sehr viel Umsetzungs- und Überzeugungsarbeit. Ich bin froh, dass wir das am letzten Parteitag klar erkannt haben und uns für ein politisches Programm entschieden, mit dem wir an den bestehenden Verhältnissen etwas verändern können. Dazu haben wir ja auch konkrete Projekte wie die Cleantech-Initiative oder eine öffentliche Gesundheitskasse lanciert.

Ist jetzt alles berücksichtigt für ein Modell einer besseren, einer linken Zukunft unserer Gesellschaft?

Etwas ist zu kurz gekommen beim letzten Parteitag; das Thema Wirtschaftswachstum. Ich bin je länger je mehr davon überzeugt, dass die Forcierung des Wachstums keine Lösung bringt, sondern bei den gegenwärtigen Wirtschaftsproblemen eher einer der mitverursachenden Faktoren ist.

Punkto Wirtschaftsdemokratie haben die SP und die Gewerkschaften früher sehr interessante Modelle entwickelt, zum Beispiel die Mitbestimmungs-Initiative von 1976, die dann aber an der Urne keine Mehrheit gefunden hatte. – Sind diese Ideen heute noch präsent und müssten sie neu aufgelegt werden?

Die Ideen sind nicht vergessen. Die SP ist daran, für die heutige Zeit aktuelle und umsetzbare Vorschläge zu erarbeiten.

Gebremst worden sind linke Wirtschaftsideen sicher durch den schnellen Zusammenbruch des Sozialismus. Alles mit sozialistischem Dünkel landete auf dem Misthaufen der Geschichte.

Das war ein totaler Irrtum. Damit müssen wir uns noch vertieft befassen. Das Parteiprogramm lässt dies auch zu. Von den anderen Parteien können wir keine Wirtschaftsmodelle erwarten, die den Menschen und seine Arbeit in den Mittelpunkt stellen. Wir müssen uns zusammen mit den Gewerkschaften darum kümmern.

Nicht alle Mitglieder der SP treten für einen pointierten und im Parteiprogramm entsprechend verankerten Linkskurs ein. – Muss jetzt zurückbuchstabiert werden?

Nein, keinesfalls. Ich bin dafür, dass die Programmbeschlüsse bleiben, wie sie sind. Hingegen gibt es da und dort Erklärungsbedarf. Es gibt bei uns eben auch Leute, die einer Politik der kleinen Schritte das Wort reden. Sicher müssen wir die Umsetzung des Programms innerhalb der Partei diskutieren und vor allem auch Parteimitgliedern, die etwa als einzige Nicht-Bürgerliche in einem Gemeinderat sitzen und jetzt verunsichert sind, den Rücken stärken.

Sollen SP-Leute wieder bewusster links politisieren?

Ja, wir müssen in den Parteisektionen auch wieder vermehrt politische Weiterbildung betreiben. Damit deutlich wird, wo wir unsere Wurzeln haben. – In anderen Parteien ist dieses Defizit übrigens um einiges grösser, das darf zur Ehrenrettung der SP schon auch gesagt werden.

Braucht die SP eine neue Selbstdefinition der einzelnen Mitglieder? Nach der Verabschiedung des neuen Parteiprogramms sollen ja einige ausgetreten sein.

Wenn sich jetzt einige in der SP nicht mehr wohl fühlen, habe ich dafür durchaus Verständnis. Sie müssen selber wissen, ob sie bei uns weiterhin mitmachen wollen oder nicht. Nach dem Beschluss des neuen Parteiprogramms gab es aber auch Neueintritte, nicht nur Austritte.

Könnten Sie sich vorstellen, dass sich links von der SP eine Partei etabliert wie beispielsweise «Die Linke» in Deutschland?

Die Gefahr, dass sich links der SP eine Partei etabliert, besteht immer. In einzelnen Regionen kann es sein, dass die Grünen weiter links stehen. Im Kanton St.Gallen ist es sicher nicht so. Eine Partei links der SP kann auch eine Chance sein. Ehrlich, wenn ich in Deutschland politisieren würde, dann wäre wahrscheinlich «Die Linke» meine Partei und nicht mehr die SPD. Damit es mit der SP Schweiz nicht so weit kommt, denke ich, ist ein Parteiprogramm, wie wir es am letzten Parteitag verabschiedet haben, so wichtig. Ich persönlich will nicht, dass sich die Sozialdemokratie in der Schweiz in der Mitte positioniert. Bei unserem politischen System würde das auch gar keinen Sinn machen. In Deutschland und England ist es anders. Ohne Mitteposition bleibt man in der Opposition. Wenn sich die Mehrheitsverhältnisse ändern, müssen sich dort die Parteien in ihren Positionen immer in Richtung Mitte bewegen, um in der Regierung zu bleiben oder wieder in die Regierung zu kommen.

Im Herbst 2011 sind eidgenössische Wahlen. Es sieht nicht danach aus, dass die Rechte verliert. Im Kanton St.Gallen könnte die SP sogar einen ihrer beiden Sitze im Nationalrat einbüßen. Sie und Paul Rechsteiner werden aller Voraussicht nach erneut kandidieren.

Die Wahlliste steht noch nicht. Ich jedenfalls werde mich wieder zur Verfügung stellen. Bei Paul Rechsteiner gehe ich davon aus, dass er auch nochmals kandidiert. Offiziell ist das noch nicht. Entschieden ist aber, dass wir nur mit einer Liste antreten werden.

Wird die SP St.Gallen ihre beiden Sitze wirklich halten können?

Ich bin mir sicher. Es kommt auch auf die Grünen an, ob wir mit guten oder eher mit knappen Resultaten die Sitze werden behaupten können. Das letzte Mal sind die Grünen mit der EVP eine Listenverbindung eingegangen, und die EVP wollte uns nicht dabei haben. Das hat uns Probleme bereitet, die wir diesmal vermeiden sollten.

In den letzten Jahren stand immer der Finanzplatz Schweiz im Vordergrund. Der Werkplatz ging irgendwie vergessen. Inzwischen ist aber die Finanzwirtschaft kollabiert und hat sich noch nicht wieder vollends erholt. Als ausgewiesene Finanz- und Wirtschaftspolitikerin fordern Sie die Rückbesinnung auf den Werkplatz Schweiz. – Warum findet dieser Sinneswandel nicht statt?

Der gültige Legislaturplan, er trägt noch die Handschrift von alt Bundesrat Merz, verlangt bessere Rahmenbedingungen für den Finanzplatz, sprich tiefere Steuern. Ich forderte stattdessen bessere Rahmenbedingungen für den Werkplatz, weil davon die meisten unserer Arbeitsplätze abhängen. Dafür gab es aber keine Unterstützung, auch nicht von Merz' Nachfolger Johann Schneider-Ammann. Mein Antrag wurde abgelehnt. Im Legislaturplan ist deshalb nirgends die Rede von der Unterstützung des Werkplatzes Schweiz. Das schafft bei mir ein Gefühl der Ratlosigkeit.

In einem Interview in der Gewerkschaftszeitung «Work» sagte der Schriftsteller Peter Bichsel, dass die Schweiz ein Land sei mit demokratischen Einrichtungen, aber ohne demokratisch gesinnte Einwohnerinnen und Einwohnern. – Ist da etwas Wahres dran?

Wir müssen uns bewusst sein, dass eine Demokratie einerseits über Mehrheitsentscheide, beispielsweise bei Abstimmungen, funktioniert, andererseits sie aber auch die Grundrechte aller Menschen gewährleisten muss. Unser Rechtsstaat, der unsere demokratischen Volksrechte erst ermöglicht und garantiert, verlangt, dass wir Minderheiten schützen und nicht ausgrenzen. Das ist echte Demokratie.

HARRY ROSENBAUM, 1951
freier Journalist